

# Landkreis Kassel



Absender: Kreistags-/Kreisausschussbüro

Vorlage-Nr.: 2007/0840

**Veranlasser / Verursacher**  
SPD

Datum: 12.10.2007

Aktenzeichen:

## **Antrag**

**Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2007 betr. Schluss mit „Bürokratiemonstern“ der Hessischen Kultusministerin zu Lasten der Bediensteten des Landkreises Kassel**

### **Beratungsfolge:**

| <b>Gremium</b>                         | <b>am</b>  | <b>Top</b> | <b>Status</b> |
|--|------------|------------|---------------|
| Ausschuss für Bildungswesen und Kultur | 01.11.2007 | 2          | öffentlich    |
| Haupt- und Finanzausschuss             | 05.11.2007 | 10         | öffentlich    |
| Kreistag                               | 09.11.2007 | 23         | öffentlich    |

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag des Landkreises Kassel stellt sich schützend vor die Bediensteten des Landkreises Kassel in den Schulsekretariaten, die durch unausgereifte Computersoftware des Kultusministeriums unverhältnismäßig belastet werden. Der Kreistag des Landkreises Kassel wird ab sofort keine Mehrbelastungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch vermeintliche Reformen der Landesregierung akzeptieren.

Der Kreistag des Landkreises Kassel beauftragt den Kreisausschuss, bei der Landesregierung eine verbindliche Aufgabendefinition für Arbeiten der Schulleitung einzufordern. Weiterhin beauftragt der Kreistag des Landkreises Kassel den Kreisausschuss, bei der Landesregierung zum wiederholten Mal die Beachtung des Konnexitätsprinzips einzufordern.

Der Kreisausschuss des Landkreises Kassel wird ermächtigt, falls die umgehend zu führenden Verhandlungen keinen Erfolg bringen, unverzüglich den Konnexitätsausschuss

anzurufen und ggf. die Erfolgsaussichten eines Rechtsstreits, gemeinsam mit weiteren Schulträgern und dem Landkreistag, gegen das Land Hessen zu prüfen. Des Weiteren wird er ermächtigt, ggf. Aushilfskräfte für die Sekretariate einzustellen und diese dem Land in Rechnung zu stellen.

**Begründung:**

Nachdem bereits die unsägliche Unterrichtsgarantie Plus zu erheblichen Belastungen der Kreis-Bediensteten geführt hat, müssen sich unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Schulsekretariaten nun mit der vom Kultusministerium eingeführten Schul-Software mit dem Namen LUSD quälen, obwohl auch dies Landesaufgabe ist. Mehr Frust als LUSD ist die Folge. Die vermeintliche Reform führt zu Chaos und Mehrarbeit. Gespeicherte Daten werden häufig nicht gespeichert, es muss zusätzlich kontrolliert oder mit zusätzlichen Excel-Tabellen und Listen gearbeitet werden.

Um die Kreisbediensteten vor diesen hohen zusätzlichen Belastungen zu schützen, muss der Kreistag eine „härtere Gangart“ gegenüber der Hessischen Landesregierung einlegen. Es muss endlich Schluss sein mit aufwändigen, bürokratischen und zentralistischen Vorgaben aus Wiesbaden und mit der Last an der LUSD.

Ulrike Gottschalck

**Anlage/n:**

| <b>Beschreibung</b>                    |
|--|
| Antrag der SPD-Fraktion vom 06.09.2007 |